

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags (Sabbat) wöchentlich.

Verlängerung der außerordentlichen Unterstützungsaktion für die Arbeits- losen.

Um einen Monat bis Ende April.

Der Minister für soziale Fürsorge, Genosse Dr. Czech, hat mit Erlaß vom 19. März 1930, Zahl 3050-III-C-1930, angeordnet, daß die außerordentlichen Unterstützungen für Arbeitslose, die bisher von den Gemeinden der arbeitslosen Arbeiterschaft auf Grund des Ministerialbeschlusses vom 18. Dezember 1929 ausbezahlt wurden, und zwar hauptsächlich der Textilarbeiterschaft, eventuell auch der Arbeiterschaft anderer Industriezweige, wie bisher nach den Richtlinien des Ministeriums für soziale Fürsorge bis zum 30. April verlängert werden. Diese Unterstützungen werden Arbeitern ausbezahlt, welche die außerordentliche Unterstützung bisher nicht oder durch eine kürzere Zeit als 13 Wochen hindurch bezogen haben.

Sitzung des Mitteleuropäischen Komitès der Metallarbeiter-Internationale in Brünn.

Brünn, 22. März. Heute vormittag tagte hier das mitteleuropäische Komitee der Metallarbeiterinternationale. Anwesend waren: Dommes, Stein (Oesterreich), Hampel, Kadlec, Kaufmann (Tschechoslowakei), Csapo (Ungarn). Die Konferenz verhandelte über wichtige mit den Produktionsverhältnissen der Schwerindustrie zusammenhängende Fragen und faßte eine Reihe von wichtigen Beschlüssen.

10 sozialistische Parlamentsmandate in Buenos Aires.

Berlin, 22. März. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Buenos Aires meldet, haben die Parlamentswahlen in Argentinien der Regierungspartei trotz bedeutender Stimmenverluste wiederum die Mehrzahl der Mandate gesichert. Zu Buenos Aires selbst wurde die Regierungspartei geschlagen. Früher einmal hatte die Regierungspartei hier die absolute Mehrheit; jetzt erhielten die Sozialisten 10, die Regierungspartei des Präsidenten Frigoyen 3 Mandate und die Unsozialisten 1 Mandat.

Hitler, der Staatenlose will Thüringer werden.

Weimar, 22. März. Hitler wünscht die thüringische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Dazu wird mitgeteilt, daß Hitler nicht österreichischer Staatsangehöriger, sondern staatenlos ist. Nach Schluß des Krieges wurde er in Oesterreich wegen seines Militärdienstes in der deutschen Armee nicht wieder aufgenommen. Hitler war dann der Meinung, daß er nach vierjähriger Zugehörigkeit zur deutschen Armee die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hätte. Seine Anhänger sind bemüht, die Zuerkennung einer deutschen Staatsangehörigkeit für Hitler auf gesetzlichem Wege zu erreichen. Nach dem geltenden Staatsangehörigkeitsgesetz kann aber, wenn die Aufnahme in ein Land eine Gefahr für das Gemeinwohl bedeutet, die Erteilung der Staatsangehörigkeit verweigert werden. Auf diese Klausel hat man sich bereits bei der Ablehnung der Bemühungen der Nationalsozialisten auf Erteilung der Staatsangehörigkeit an Hitler berufen.

Draconische Kommunistenbestrafung

Belgrad, 22. März. (Avala.) Mehrere Kommunisten in Esjel, denen nachgewiesen wurde, daß sie Mitglieder einer geheimen Organisation sind, die sich mit ungesetzlicher Propaganda beschäftigt, wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, und zwar einer zu zehn Jahren, zwei zu sieben Jahren und die übrigen zu kürzeren Strafen.

Miefige Protestkundgebungen in Anghand.

Moskau, 22. März. (T.A. S.S.) An den gestrigen Protestkundgebungen gegen die im Ausland stattfindenden, gegen die Sowjets gerichteten Gottesdiensten in Leningrad 500.000, in Charkow 200.000 und in Dnjepropetrowsk 80.000 Personen teil.

Mussolini erläßt eine Kampfbotenschaft

gegen die Anschläge und Angriffe auf den italienischen Faschismus.

Rom, 22. März. (Siefani.) Das Amtsblatt der faschistischen Partei veröffentlicht eine Botenschaft des Duce an die „Schwarzhemden ganz Italiens“ anlässlich des 23. März, da vor elf Jahren die italienischen Kampffasces geboren wurden. „Der Faschismus“, sagt Mussolini, „hat spielend die tausend Hindernisse und Schwierigkeiten aller Art überwunden, doch steht uns auch jetzt noch eine große Zahl von Hindernissen und Problemen nicht minder ernster Art bevor, als jene waren, die wir überwunden haben. Dieses Bewußtsein legt uns immer entschiedener die Verpflichtung zur Einheit und Disziplin auf, vermittelt welcher die italienische Nation und der Faschismus immer mehr einen einzigen Körper bilden soll.“

„Die reaktionären Elemente“, heißt es weiter, „und die gegen das junge faschistische Italien verbündeten Kräfte können uns nicht mehr schrecken. (Wenn Mussolini „reaktionär“ sagt, meint er „revolutionär“. Anm. d. Red.) Gegen den einzigen Willen von 42 Millio-

nen Italienern, die unter den Fahnen des faschistischen Regimes geschart sind, werden alle Anschläge zunichte und zerschellen alle Angriffe auf allen Fronten. Zeigen wir allen klar, daß wir heute von demselben Geiste und von demselben Willen und von der gleichen Parole beseelt sind, wie vor elf Jahren, und daß unsere Parole immer noch jene ist, die die ersten verwundeten Fasces mit Stolz auf ihre Verbände schrieben: (Gemeint ist das italienische „me ne fregò“, d. i. „ich mach mir nichts daraus.“) Darüber hinaus sind wir heute auch noch durch große Erfahrungen bereichert und haben eine Methode, die aus der vertieften Kenntnis des menschlichen Charakters und des Wesens der Dinge erwächst. In diesen Erwägungen wollen wir diesen Tag verbringen, um dann mit doppeltem Nachdruck der ganzen Welt zu zeigen, daß der Faschismus in das zweite Jahrzehnt seiner Jugend eintritt, das noch glorreicher und kämpferischer sein wird, als das erste Jahrzehnt! A woi!“ Mussolini.

Die sterbende Seeabrüstungskonferenz.

Dreimächte-Vertrag?

London, 21. März. (Reuter.) Nach dem Verlauf der heutigen Beratungen der Seeabrüstungskonferenz ist es klar, daß keine Hoffnung auf irgend eine Beilegung der französisch-italienischen Differenzen besteht. Deshalb wird die Ansicht geäußert, es sollte eingehender und sorgfältiger geprüft werden, ob es nicht möglich wäre, zu einem Einvernehmen zwischen Großbritannien, Amerika und Japan zu kommen.

„Times“ sagt: Weder Japan, noch Amerika, noch Großbritannien würde abgeneigt sein, diese Möglichkeit eines Dreimächte-Paktes zu erwägen, falls sich ein Fünfmächte-Vertrag als unmöglich

erweist. Viel wird dabei natürlich von der Haltung des japanischen Kabinetts abhängen. „Morning Post“ und „Daily Express“ erklären, die Fünfmächtekonferenz könnte jetzt nur durch ein Wunder gerettet werden.

Reuter berichtet aus Paris: Selbst kritische Beobachter geben zu, daß jetzt nur noch ein würdiges Ende der Konferenz erhofft werden kann. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ hält einen Fünfmächtepakt fast für unmöglich, weil Italien auf seiner Paritätsforderung besteht und die Konferenz eher verlassen will, als diese Forderung aufzugeben. Ebenso würde Frankreich es vorziehen, die Konferenz zu verlassen, statt die italienische Paritätsforderung zuzugehen.

Nordchinas Feldzug gegen Nanjing.

Vor der Proklamation eines neuen Regimes?

Paris, 22. März. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ in Shanghai meldet: Die Vorbereitungen zum Feldzuge gegen Nanjing werden in Nordchina eifrig betrieben. Yen hat offiziell den Titel eines Generalissimus der alliierten Heere der Republik China und Feng den Titel eines Vizegeneralissimus angenommen. Der Plan der nordchinesischen Führer sieht zunächst einen Angriff auf Hankau vor, sodann die Eroberung der Provinz Schantung. Der Gouverneur dieser Provinz nimmt eine zweifel-

hafte Haltung ein. In Peiping schlagen die von Yen eingesetzten Behörden Pläne an, in denen die Tyrannei Tschiankeischels und des Zentralregulativkomitees der Kuomintang angegriffen wird. Die Kuomintang wird als illegal bezeichnet. Die Soldaten Hens halten die öffentlichen Gebäude besetzt. Die Behörden erklären, daß die neue Regierung binnen kurzem in Peiping proklamiert werden und sieben Ministerien umfassen werde.

Geldhäft mit dem Glend.

Nach der Ueberschwemmung der Stenad.

Paris, 22. März. (Eig. Draht.) Die allgemeine Begeisterung für den Wiederaufbau der überschwemmten südfrensischen Provinzen droht jetzt in einen höchst peinlichen politischen Skandal überzugehen. Lardieu hatte seinerzeit, als er die überschwemmten Gebiete bereiste, spontan und großzügig erklärt, der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sei eine nationale Pflicht, auf die die betreffenden Gebiete einen rechtmäßigen Anspruch hätten; die Nation und die Behörden aber seien mit den Opfern restlos solidarisch.

Was ist aus all diesen Versprechungen geworden? Wie der „Populaire“ am Freitag mitteilt, ist bisher weder von den 100 Millionen, die das Parlament bewilligt hat, noch von den 24 Millionen, die die nationale Sammlung aufgebracht hat, auch nur ein Heller in die verwüsteten Gebiete gelangt. Die lokalen Behörden stehen dem Massenelend, der Massenobdachlosigkeit und -erwerbslosigkeit fast hilflos gegenüber, da sie bisher allein auf die geringfügigen Hilfsmittel angewiesen waren, die die lokalen Behörden an Ort und Stelle aufbrachten. Zugleich tauchen wieder die iblen Korruptionserrscheinungen auf, die seinerzeit den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs in einen Skandal verwickelt hatten. Der Generalsekretär des sozialistischen Gewerkschaftsbundes (CGT),

Youhaug, suchte daher im Auftrage des Toulouser Gewerkschaftskongresses den Ministerpräsidenten auf, um bei ihm gegen die im Katastrophengebiet immer zahlreicher auftauchenden Spekulant zu protestieren, die den Opfern der Ueberschwemmung ihre Schadenerschadensprüche ablaufen und ihre Schwindelprofite aus dem furchtbaren Unglück ziehen wollen.

Schließlich ist auch auf rein politischem Gebiet die Haltung der Regierung schärfsten Angriffen ausgesetzt. Im Gegensatz zu den ersten Versprechungen Lardieus und des Präsidenten der Republik enthält nämlich der neue Gesetzentwurf über den 500 Millionen - Kredit für den Wiederaufbau nicht nur kein Wort von einem Recht der Opfer auf den Wiederaufbau ihres Besitzums durch den Staat, sondern diese Verpflichtung der Regierung, die Lardieu damals so feierlich verkündete, wird glattweg geleugnet. Es fehlt selbstverständlich nicht an Protesten aus dem Lager der Linken. Léon Blum greift Lardieu am Freitag im „Populaire“ heftig an und stellt einen sozialistischen Gegentwurf in Aussicht: „Der Regierung sei es freigestellt, ihre Gefühle von einem Tag zum anderen zu ändern. Was uns betrifft, werden wir eine größere Stabilität unserer Gesinnung beweisen.“ Auch die radikale Kammerfraktion hat den Regierungsentwurf am Freitag als unzulänglich und als den, der Bevölkerung gegebenen Versprechungen nicht genügend bezeichnet.

Politik für die Arbeiter?

Der Kampf um den Mieterschutz und die Kommunisten.

Jeder Urteilsfähige wird in der neuen Form der Wohnungsgesetze nicht nur die höchste Grenze des unter den bestehenden Machtverhältnissen Durchsetzbaren, er wird im ihnen, besonders in dem Gesetze betreffend die Bauförderung auch einen schönen Fortschritt und positiven Erfolg der sozialistischen Parteien erblicken.

Nach der Beschlußfassung über diese Gesetze, die den Mieterschutz fast unangefastet lassen, soweit er die ärmeren Volksschichten betrifft, und einer großzügigen Wohnbauaktion die Wege ebnet, kann man sich leicht die Enttäuschung der Hauskapitalisten und Grundbesitzer vorstellen, welche die bürgerlichen Parteien eingespannt hatten und von denen sie vertrauensvoll eine entscheidende Demolierung des Mieterschutzes erwarteten. Die Betroffenheit der Mieterschutzfeinde kann man schon an der Schweigsamkeit der bürgerlichen Presse erkennen, die vordem für die Herstellung der vollen Vertragsfreiheit im Mietverhältnisse zum Sturm rief und nun sehen muß, wie dieser Sturmangriff an dem entschlossenen Widerstand der sozialistischen Parteien und insbesondere des Fürsorgeministers gescheitert ist. Es ist allein der Sozialistische Widerstand, der die Mieterschutzgesetze die Verwirklichung eines — „arbeiterfeindlichen Planes“ zu erkennen.

Die Erklärung dafür ist schon weniger auf politischem als auf pathologischem Gebiete zu suchen. Daß die Kommunisten auftragsgemäß alles schlecht und verdamnungswürdig finden, alles herunterreißen, bespucken, begeistern und diskreditieren müssen, das ist kein hinlänglicher Erklärungsgrund für ihre täglichen hysterischen Schreie mehr. Es ist eben so: je schwindlicher es den auf der bolschewistischen Untertanenpyramide thronenden Diktatoren wird, je stärker sie den Boden unter ihren Füßen schwanken fühlen, ein desto ohrenbetäubenderes Geschrei müssen die von ihren Gnaden abhängigen Kreaturen erheben und diese schreien nun in der krankhaften Angst um ihre Existenz als „Führer“ über alles, sie schreien Feter und Mordio, selbst wenn es den Sozialisten gelungen ist, im Interesse der proletarischen Massen einen Erfolg zu erreichen.

Für die vor Stalin's Strafgericht angstbebenden kommunistischen „Führer“ möchte man mitleidvoll am liebsten kalte Umschlüge erbiten, wenn man liest, daß sie ihre, ach, so schütter gewordenen Anhänger sogar zu „Massen“-Demonstrationen auf den Straßen aller Städte der Republik aufrufen, um wie sie schreiben, den Angriff der Bourgeoisie und der sozialfaschistischen Regierung abzuwehren, die angeblich gemeinsam vorgehen, um „die Proletarier aufs Pflaster zu werfen“. Wir fragen uns bei der Lektüre kommunistischer Ergüsse oft, wie wohl so einem armen Kerl von Federhücker, der täglich ein paar Dutzend Lügen sich aus den Fingern saugen muß, beim Niederschreiben solcher habnubischen Unwahrheiten zumute sein muß, aber dann beruhigen wir unser Mitleid jedesmal bei dem Gedanken, daß es eben auch Prostituierte der Feder gibt, denen das Diffamierende ihres Berufes gar nicht zum Bewußtsein kommt.

Welcher Art sind denn die „Proletarier“, für deren Schutz die Kommunisten die ihnen längst entfremdeten Massen „auf die Straße“ rufen? Das soeben im Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetz erlaubt den Hausbesitzern, ab 1. Juli bei Mietern, die über ein versteuertes Einkommen von jährlich 60.000 Kronen verfügen, eine Mietzinssteigerung von den bisherigen 190 Prozent der Friedensmiete auf 350 Prozent, was somit bedeutet, daß selbst jene, die monatlich mindestens 5000 Kronen Einkommen haben, noch nicht wie andere Mieter in neuen Häusern den vollen Friedensmietzins und darüber zu entrichten haben

VERLANGT UBERALL



der das verteidigen könnte? Wir führen nach Ungarn durchwegs Industriearbeiter aus, könnte es unsere Industrie ertragen, insbesondere heute bei der Abschwächung der Konjunktur, daß sie jährlich um einige hundert Millionen Kronen käme, auch wenn wir damit rechnen, daß wir unter dem neuen Handelsvertrag einen Teil unseres Handels mit Ungarn retten würden? Heute würden wir einen so vorteilhaften Handelsvertrag mit Ungarn kaum abschließen können. Unsere Industrie würde die Kündigung des Vertrages mit Ungarn nicht aushalten und sicherlich würden sich die industriellen Kreise gegen eine solche Absicht stellen, sobald sie zum Ausdruck käme."

Einige Blätter befaßten sich wieder mit den politischen Wirkungen der neuen Vorlage. So halten die „Lidove Listy“ das Blatt der Sozialisten die Koalition für die nächste Zeit gesichert:

„Durch die Annahme einiger Gesetze, durch welche wenigstens teilweise die Landwirtschaftsfrage behoben wird, durch die Verlängerung des Mieterschutzes, durch die Einigung über eine Reihe von Angestelltenvorlagen und die Arbeitslosenunterstützung haben sich die Verhältnisse in der Koalition so weit beruhigt, daß für die nächsten Monate die Zusammenarbeit der Koalition als gesichert angesehen werden kann.“

Richtig hebt auch das „Narodni Osvojenici“ hervor:

„Durch die Bewirklichung des kleinen Regierungsprogrammes erfüllt die Regierung den ersten Teil ihrer Verpflichtungen, welche sie den Staatsbürgern nach ihrem Regierungsantritt gegeben hat. Damit endigt auch die Epoche der Unentschiedenheit der neuen Regierung, welche ihren Gegnern eine willkommenen Gelegenheit zur Verbreitung von Gerüchten über die inneren Fänge der gegenwärtigen Regierungsmehrheit gegeben hat und damit beginnt die Epoche der tatsächlichen Arbeitsergebnisse.“

Durch die Ausarbeitung der bereits dem Parlament vorgelegten Entwürfe sowie durch die Vorlage noch einiger Gesetzesentwürfe, die in der nächsten Zeit erfolgen wird, hat die Regierung tatsächlich ernste fruchtbare Arbeit im Interesse der Bevölkerung geleistet.

Der Mörder von Marodit.

Pilsen, 22. März. Der landwirtschaftliche Arbeiter Wenzel Wallisch in Maroditz bei Luditz prügelte dieser Tage seine 35jährige Nichte. In ihrem Zerber hierüber warf sie ihrem Onkel die Täterschaft des 1927 verübten Mordes an dem Landwirt Dufek vor. Dufek war damals während des Schlafes überfallen worden und erlag im Krankenhaus in Karlsbad den bei dem Ueberfall erlittenen Verletzungen. Schon damals richtete sich der Verdacht gegen Wallisch, der als rachsüchtiger Mensch bekannt war. Wallisch war nämlich einmal bei Dufek bedienstet gewesen und entlassen worden, weshalb er wiederholt gedroht hatte, daß er sich rächen werde. Nach sechsmonatiger Untersuchung mußte er wegen Mangels an Beweisen aus der Haft entlassen werden. Wallisch hat bereits viereinhalb Jahre Kerker verbüßt, weil er auf der Straße den Landwirt Schindler erschlagen hatte. Nachher unternahm er an dem damaligen Bürgermeister Papsch, der im Prozeß gegen ihn ausgesagt hatte, einen Mordversuch, indem er ihn im Schlaf überfiel. Er wurde damals aber noch rechtzeitig verschleudert. Wenzel Wallisch und seine Nichte wurden verhaftet.

Motorrad und Wagen.

Drei Tote.

Wien, 22. März. (M.) Wie die Sozialdemokratische Korrespondenz aus Schwchat erfährt, ist heute abends auf der Straße bei Schwchat ein Motorrad an einen Wagen angefahren. Das Rad wurde zur Seite geschleudert. Alle drei Insassen waren auf die Stelle tot. Es sind drei Angestellte der Wiener Berufsfeuerwehr.

Stimmwähler-Maub.

New York, 22. März. In der Vorstadt Jamaica auf Long Island drangen heute drei Banditen in einen Juwelierladen ein, hielten die fünf Angestellten mit vorgehaltenen Revolvern in Schach, raubten Schmuckgegenstände im Werte von 150.000 Dollars und entkamen unerkannt.

„Gelbe“

Aus der Genesis einer „Volksbewegung“. — Gleiche Ziele, gleiche Mittel, nur der Namen wechsell. — Die Christlichsozialen auf den Spuren der „gelben Bewegung“.

Im österreichischen Parlament wird um das „Antiterrorgesetz“ des Heimwehrfascismus gekämpft. Die bürgerliche Presse aller Schattierungen, vor allem jedoch die christlichsoziale, argumentiert mit dem sozialdemokratischen „Terror“ für die Terrorvorlage der Heimwehren. Sie wird nicht müde, die Arbeiter zur Eintracht mit den Unternehmern zu Frieden und Nachgiebigkeit aufzufordern, ihnen die Not der Unternehmer und die Vorteile eines freundschaftlichen Uebereinkommens ohne „Terror“, das heißt ohne Organisation, ohne Streik und ohne Lohnforderungen auszumalen.

Was da geschieht und was dazu geredet wird, ist nicht neu. Das gab es alles schon seit langem, nur daß die Herren mit der Zeit gelernt haben, es schlauer anzustellen. Vor uns liegt eine kleine gelbgeheftete Broschüre, die als Sonderabdruck der Zeitschrift „Die Arbeit“ im Verlage einer Scharfmacherorganisation vor mehr als zwei Jahrzehnten erschienen ist. Sie ist, wie der Titel sagt

Wichtig für jeden Arbeitgeber und Arbeiter!

aber sie verzichtet auf lange und umständliche Umschreibungen und nennt sich doch schlicht und geradezu:

Die gelbe Bewegung

Ein Mittel zur Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses.

Darum ging es damals schon, darum geht es heute noch. Die Parolen, die auf dem Titelblatt der gelben Schrift noch prangen, sind die Parolen des Faschismus von heute:

Schach dem ruinösen Streikterror der Sozialdemokraten! In Frieden und Eintracht zu gemeinsamer fruchtbringender Arbeit!

Das Kapitel dieser interessanten und gewissermaßen noch höchst aktuellen Schrift besaß sich mit den Zielen der gelben Bewegung. Es sind dieselben, die wir heute als Ziele der Heimwehr und des Faschismus kennen:

„Die Gelben wollen die Umwandlung des Lohnwesens in der Richtung, daß Arbeit, Kapital und Intelligenz in enger Verknüpfung gleichsam einen einzigen Körper und eine einzige Seele bilden.“

Vor allem aber sind sie dazu da, dem verbrecherischen und staatsgefährlichen Treiben der Sozialdemokraten ein Paroli zu bieten und ihre Uebermacht in Oesterreich zu brechen.“

Das ist ihnen also damals nicht gelungen und so versuchen sie es jetzt aufs neue, nur daß sie statt des gelben Flecks, der sie wenigstens als das, was sie sein wollten, kennzeichnete, den Hahnenschwanz tragen und sich eine „Volksbewegung“ nennen. — Es wird dann erzählt, wie die gelbe Bewegung entstanden ist. Es ist die bekannte Geschichte von dem Bergarbeiterstreik von Montceau in Frankreich, die Streikbrecher hatten sich in ein Café zurückgezogen, dessen Fenster eingeworfen wurden. Sie verklebten sie mit gelbem Papier. Nun erhielten sie den Spottnamen „Les Jaunes“, die Gelben, der heute noch als die größte, schwerste Beschimpfung für einen Arbeiter gilt. Damals glaubten die Unternehmer noch, die Arbeiter würden würdelos genug sein, sich freiwillig als Gelbe zu bekennen. Die Organisation der Gelben in Frankreich wird ausführlich erörtert. Zu den wichtigsten Bestimmungen gehört die folgende:

„Aussdrücklich verpflichtet sich die Anhänger der Föderation in keinen Streik zu treten, den sie nicht vierzehn Tage vorher dem Unternehmer angezeigt haben.“

Über da Streikfälle entweder ganz vermieden oder wenigstens doch auf solche Fälle beschränkt sein dürften, wo alle Einigungsversuche auf friedlichem Wege scheiterten, mögen ohne Schutzmaßnahmen wohl nur selten von Bedeutung werden...“

Man weiß aus der Geschichte der gelben Kamerorganisationen, daß sie nie in die Lage kamen, zum äußersten Mittel des Streiks zu greifen, sondern daß sie stets den „friedlichen Weg“ wanden! Sie betonten zwar, daß es ihnen nicht darauf ankomme, den Arbeitern das Streikrecht zu entziehen, geben aber zu, daß sie es mit „bestimmten Kautelen“ umgeben wollten. Nun, man kennt diese sicheren Kautelen und trifft sie im Antiterrorgesetz der österreichischen Reaktion wieder an!

Von den französischen Gelben geht die Broschüre zu den deutschen Gelben über, die natürlich auch nur eine „Abwehrorganisation“ gegen den sozialdemokratischen „Terror“ waren. Es handelte sich darum,

„die Nichtorganisierten zu einer festen Vereinigung zusammenzuschließen, die gegen die Gewalttätigkeiten der Organisation sich wehren könnte.“

Hier haben freilich nicht nur die Heimwehrler, sondern auch die Kommunisten von den Gelben gelernt. Beide wenden sich heute an die Nichtorganisierten und sehen in ihnen den erwünschten Sturmbock gegen die Sozialdemokraten. Auch das Ziel der deutschen Gelben war es,

„in Frieden und Eintracht mit dem Arbeitgeber zu leben und die Lage auf friedlichem Wege zu verbessern.“

Der Fortschritt bei den Heimwehren dürfte nur darin liegen, daß sie zwar mit den Unternehmern, nicht aber mit den übrigen Arbeitern in Frieden leben wollen und dem Grundsatz huldigen: Willst du nicht mein Bruder sein, so hau ich dir den Schädel ein! Sehr wichtig war schon damals das Kapitel:

Die Firma unterstützt den Arbeiterverein!

Heute wird das großzügiger gemacht. Heute unterstützt nicht einfach die Firma den Verein, sondern Industriellen- und Bankerverband subventionieren mit Millionenbeträgen die „Volksbewegung“. Wollen sie einmal nicht bluten, so interveniert der Altanzler Prälat Seipel und die Herren schweigen wieder die Millionen, die man braucht, um die Strauchdiebe und Wegelagerer zu besolden! Sozialdemokraten sind natürlich auszufliessen! Sie werden sich auch kaum jemals in diese Vereine gedrängt haben. Es kommen in der gelben Broschüre dann noch die beliebten Argumente von den teuren sozialdemokratischen Gewerkschaften, von den reichen sozialdemokratischen Führern und nochmals die Mahnung, in Frieden und ohne Streik mit dem Arbeitgeber zu leben. Abschließend wird in rührender Weise über eine Weihnachtfeier im Betrieb berichtet, die ein Bild der Verbindung zwischen Unternehmer und Arbeiter sein soll. Die Gelben haben im Betriebe „Ruhe“ geschaffen und so kann man glückselige Weihnacht feiern!

Die Broschüre könnte gestern geschrieben sein und heute erscheinen. Nur müßte sie überall dort, wo sie offen bekennet, eine gelbe Bewegung schaffen zu wollen, von einer „Volksbewegung“ reden. Alles andere hat sich nicht geändert. Damals wie heute waren es nur Charakterlose, ihre Klassengenossen verrätende Profiteure, die sich in diese Organisation aufnehmen ließen. Damals wie heute waren es die abgestraften Lumpen, der Abschau der proletarischen Klasse, dem man Revolver und Knüttel in die Hand drückte, damit er die eigenen Klassengenossen abschlochte. Wir haben kürzlich erwähnt, daß die „Arbeiterzeitung“ aus den Verichtsallberichten weniger Monate 61 Fälle herausziehen konnte, in denen Heimwehrler abgestraft wurden. Im folgenden eine Probe aus der Ehrenliste der „ladellosen Männer“ der österreichischen Heimwehr:

Kamillo Raab, Kommandant des Heimatschutzes Leoben, wegen Kindererschändung seit März 1929 in Leoben in Straftat.

Hiesberger, Heimatschutzkommandant in Mitterndorf, wegen wiederholter Brandstiftung im August 1929 verhaftet.

Heinrich Klinger, Wirtschaftsleiter und Propagandachef der Heimwehr Wien, dreimal wegen Diebstahls und Betruges zu insgesamt drei Jahren Kerker verurteilt, am 6. August 1929 wegen Betruges (Schöffensenat Hofrat Dr. Kitzhof) zu einem Jahr Kerker verurteilt.

Eugen Gasser, Heimwehrmitglied in Lauterbach wegen Totschlages an dem christlichsozialen Beamten Rupp nur wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens angeklagt, am 8. Mai 1928 zu drei Wochen Arrest verurteilt.

Gomund Fröhl, Leiter des Heimatschutzes in Brunn am Gebirge, einmal wegen Raubmordversuches, Diebstahls, Veruntreuung, gefährlicher Drohung zu insgesamt etwa neun Jahren Kerker und Arrest verurteilt.

Thomas Hugelmann, Kommandant des Heimatschutzes Donawitz, Hauptvertrauensmann der

gelben Gewerkschaft und Mitarbeiter der „Heimatschutz-Zeitung“, achtmal wegen Raubes, Diebstahls, Veruntreuung, Betruges, Unzucht mit Kindern und Wachebeleidigung zu insgesamt vier Jahren Kerker verurteilt.

Friedrich Stos, christlichsozialer Gemeinderatskandidat und Führer der Heimwehr in Kematen, am 15. November 1929 wegen Rotzucht an seiner zwölfjährigen Nichte verhaftet.

Edward Hadt, Mitglied der Heimwehr Kronberg bei Wolfersdorf, wegen Raubes mit einer mehrjährigen Kerkerstrafe vorbestraft, am 9. Mai 1929 wegen Körperbeschädigung zu einer Woche Arrest.

Richard Kratky, tschechoslowakischer Staatsbürger, Mitglied des Wiener Heimatschutzes und Inhaftant des Heimatsbundes, wegen eines Sittlichkeitsdeliktes mit Kerker vorbestraft, am 18. Februar 1930 (Schöffensenat Werner) wegen Betruges zu einem Monat Kerker und Landesverweisung verurteilt.

Franz Ved, Heimatschutzfunktionär und Obmann der gelben Gewerkschaft in Donawitz, sechs Vorstrafen wegen Unterschlagungen, Diebstahl und Mankerei, am 3. Februar 1930 in Leoben wegen Verpressung zwei Monate schweren Kerkers.

Karl Kernböck, vorbestraft, Leiter der Brigittenauer Heimwehrgruppe, wegen Totschlages und Diebstahls am 3. Februar 1930 zweieinhalb Jahre schweren Kerkers.

Ludwig Reisinger, Kassier des Heimatschutzes, wiederholt vorbestraft, am 2. November (Bezirksrichter Dr. Gruchol) wegen Unterschlagung sechs Wochen Kerker.

Otto Fehroß, Kompaniekommandantstellvertreter der Heimwehr Floridsdorf, fünfjährmal wegen Eigentumsdelikten vorbestraft, am 20. November 1929 (Schöffensenat) wegen Betruges ein Jahr schweren Kerkers.

Leopold Kuzick, wiederholt mit Kerker vorbestraft, am 8. Juli 1929 (Schöffensenat Hofrat Dr. Wilhelm) wegen öffentlicher Gewalttätigkeit fünf Monate schweren Kerkers.

Engelbert Reiterer, Mitglied des Heimatschutzes Wimpfner und Salentzuzler, am 17. November in Wiener-Konstadt wegen Mindererschändung sieben Monate schweren Kerkers.

Diese kleine Auswahl aus der langen Liste möge genügen, um ein Bild des Menschenmaterials zu geben, mit dem die Heimwehren arbeiten. Es ist dasselbe Material, aus dem einst die Gelben ihre Vereine gründeten. Nur eines hat sich sehr geändert: Die Christlichsozialen, die seinerzeit den Trennungstreich gegen die Gelben zogen und sich sehr dagegen wehrten, mit ihnen in Verbindung gebracht zu werden sind heute die Protektoren der Heimwehrbewegung. Sie beantragen das Antiterrorgesetz, das die Ehrenmänner der Heimwehr vor dem „Terror“ der unabhängigen Arbeiter schützen, das ihnen die Betriebe erobern soll. Sie gehen über ihre eigenen Gewerkschaften zur Tagesordnung über, um die gelbe Heimwehr zu fördern und ihr die Bahn frei zu machen für jene Versöhnung von Kapital und Arbeiter, die einst die Gelben und die heute der Faschismus propagiert. Die Christlichsozialen lassen segnend ihre Hände über die Plattenbrüder der Heimwehr, über das Hahnenschwanzgeschindel, das aus allen Kerkern zusammengelesen wird, um als „Volksbewegung“ — fünf Schilling für die Ausrüstung — den christlichen Staat des Herrn Prälaten Seipel zu begründen.

Die Gelben sind die gleichen geblieben und man kann ihnen heute nur das gleiche Maß von Verachtung entgegenbringen das sie schon vor 20 Jahren verdient haben. Die Schwarzen aber, die einst noch auf einen Reih von Ehre hielten, sind heute zu Schülern der Gelben geworden und ihnen gebührt heute ein gleiches Maß von Verachtung wie den Fanathen der Unternehmer selbst!

Gandhis Kampf.

Berstärkungen und Rekrutierungen. — Die Spinner von Bombay stehen hinter ihm.

London, 22. März. Blättermeldungen aus Ahmedabad zufolge trat gestern dort der allindische Kongress zusammen. Der Vertreter Gandhis Pandit Javaharlal Nehru wurde zum Vorsitzenden des Kongresses gewählt. Auf dem Kongress wurde beantragt, für den Fall der Verhaftung Gandhis einen Marsch der Aufständischen zum Palast des Vikarönigs zu organisieren. Dieser Antrag wurde jedoch nach längerer Aussprache abgelehnt, weil er ein unnützes Blutvergießen zur Folge hätte. Das bisherige Verhalten der wachsenden passiven Resistenz wurde vom Kongress gebilligt. Gandhi sandte an den Kongress eine Botschaft mit der Aufforderung, an die einheimische Bevölkerung, keine Steuern zu zahlen und alles Fremde zu bekämpfen, und zwar sowohl die Behörden und Gerichte, als auch Stoffe, Kleidung u. dgl. Wenn er verhaftet werden sollte, rät Gandhi dem Kongress, die

Inden mögen sich überall sofort der Salzbergwerke zu bemächtigen suchen.

Laut Meldungen aus anderer Quelle erhält Gandhi von verschiedenen Seiten erhebliche Verstärkungen. Aus Amricar, nördlich von Lahore, trafen über 5000 Freiwillige ein. In allen Städten und Zentren der Provinz Delhi wurden Bivros für die Rekrutierung von Freiwilligen errichtet. In den Nordprovinzen dagegen herrscht Ruhe; dort findet die Kampagne Gandhis keinen Widerhall. In Bengalen ist die öffentliche Meinung in einige gegensätzliche Lager geteilt. In Madras fand die Bewegung nur zum Teil Anklang. Die größte Verwirrung herrscht in Bombay und in der ganzen Provinz, wo die Arbeiter der Baumwollspinnereien hinter Gandhi und seiner englandfeindlichen Bewegung stehen. Auch die gesamte Provinz Gujerat ist für Gandhi.

Die öffentliche Versammlung der sozialistischen Jugendlichen in Prag. Montag, den 21. März, findet im Kleinen Handwerkerhalle der Prager in Prag, Smeych, die erste öffentliche Versammlung der Ortsgruppe Prag des Bundes der sozialistischen Jugend statt.

Ferienstipendien für Journalisten. Das Ministerratspräsidium wird für das Jahr 1930 an tschechoslowakische Journalisten 15 Ferienstipendien von 1500 bis 2500 Kronen erteilen.

Eindbruch in die Gruft der Gaby Desly. Plättchenmeldungen aus Marseille zufolge versuchten unbekannt Individuen in der Nacht auf Freitag in die Gruft der Gaby Desly einzudringen.

Das Daubaer Land, das nächste deutsche Gebiet von Prag (50 Kilometer), bietet dem Erholungs-suchenden und Wanderer Ruhe und Freude.

Die Sehnsucht nach der Bürgerlichkeit.

Dieser Tage ist Al Capone, „das Rardegelicht“, Banditenherrscher und Schmugglerkönig, aus dem New Yorker Gefängnis, in dem er die letzten anderthalb Jahre zugebracht hatte, entlassen worden.

Sowjet-Angebote.

Nach dem Tode Lenins spielte seine Witwe, die Krupskaja, eine nicht unbedeutende Rolle bei der Opposition gegen die Stalinisten.

Während des Kampfes der sowjetrussischen Opposition gegen den Stalinismus wurde in einem Moskauer Arbeiterklub folgendes Gespräch bestritten: „Wer wird siegen, Genosse? Stalin oder Trozki?“

„Selbstverständlich, unsere...“

Frau Lunarskarsky, die Gattin des Volkskommissars für Unterrichtswesen — im Nebenberuf die eleganteste Frau Sowjetrusslands — war mit ihrem Mann gelegentlich ihres Aufenthalts in Berlin 1927/28 zu einer Schwärmerfeier eingeladen.

Der Mord des schwarzen Casanova.

Die ungehemmte Leidenschaft Meister Max Ihs — Er schändet und tötet eine Frau und spielt hinterher Billard. — Das Schredgespenst im Fahrstuhlschacht.

Der Neger Martin Miller in New York ist auf dem elektrischen Stuhl wegen Mordes hingerichtet worden. Die Affäre stellt einen der seltenen Fälle dar, in denen die Schuld eines farbigen objektiv festgestellt wurde.

Martin Miller war in einem New Yorker Wohnhaus als Portier angestellt. Meister Marty, so nannte man ihn auch, versah seinen Dienst recht gut.

Dah ein Schwarzer sich an einer Weißen vergreift, kann allerdings die amerikanische Öffentlichkeit so wenig verletzen, daß sie das grundsätzlich mit dem Tode bestraft.

Die deutsche Radiowoche.

Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Über leider geht es nicht ganz nach Al Capone. Das Oberwelt-Amerika, in das er hinaufgelangen möchte, ist nicht nachtragend und, um des Vordandens seiner Güter willen, wenig geneigt, nach ihrem Woher zu fragen.

Der arme Teufel, der unter der Maske der Bürgerlichkeit dicken Verbrechens die Fügel schiefen läßt, ist eine nicht unbekannt Erscheinung.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche.

Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Seine Frau wohnten in dem Haus, das Meister Marty zu betreten hatte. Auch die Frau war Lehrerin von Beruf.

Die Suche nach dem Mörder sollte bald von Erfolg begleitet sein. Eine Mieterin des Hauses sagte aus, daß sie morgens gegen 8 Uhr einen Schuß gehört habe.

Die Polizei wußte genug. Wenige Tage später wurde der Negereportier, der sich gesücht hatte, in einem Borst von New York, als er in einem Café feckenruhig Billard spielte, verhaftet.

Die deutsche Radiowoche.

Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Jede deutsche Sendung ist dafür ein Beweis. Da gab es am Sonntag einen bunten Nachmittag. Das klang großartig!

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Unentbehrlich für Vertrauensleute und Helfer der Arbeiterfürsorge. Bisher erschienen: Nr. 1. Richtlinien für Fürsorgefunktionen. II. Teil. Nr. 2. Fürsorge und Gesellschaft. Von Heinrich Hergert.

ausführlicher Weise gehalten hat und der sehr viel Beifall fand, nun auch im Radio vorgetragen.

auch der Inhalt sehr stark zusammengedrängt werden mußte und das Zeitmaß von 20 Minuten den Vortragenden zwingt, etwas schneller als sonst zu sprechen.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

Die deutsche Radiowoche. Die Verantwortlichen des Prager Radio-Journals haben immer noch kein Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der deutschen Hörschaft.

